Koalition bleibt handlungsfähig

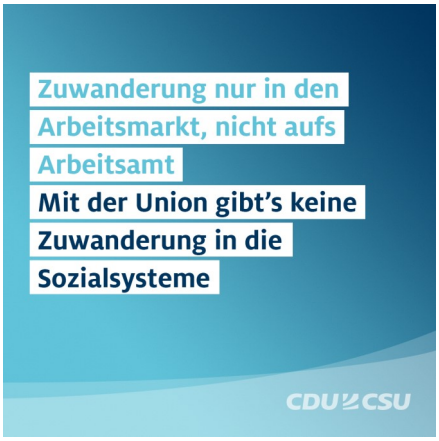
Nach dem Rückzug von Andrea Nahles von Partei- und Fraktionsvorsitz ist der Koalitionspartner dazu aufgerufen, möglichst schnell seine Personalfragen zu klären. Die große Koalition braucht Stabilität, weil wichtige Fragen zu klären sind. In der Europäischen Union wird das gesamte Personaltableau verhandelt, der EU-Finanzrahmen muss festgelegt werden und auch der Brexit ist noch nicht vollzogen. Innenpolitisch haben wir mit der Verbesserung der Infrastruktur, der Schaffung von Wohnraum, nachhaltiger Wirtschaft, Erhaltung der Schöpfung, einem starken Staat und einer starken Bundeswehr wichtige Vorhaben, an denen wir arbeiten und vorankommen wollen.

Das Wahlergebnis bei der Europawahl vom 26. Mai 2019 bleibt für die Union unter unserem Anspruch. Die CDU in Bremen hat bei der Bürgerschaftswahl ein gutes Ergebnis eingefahren. Aber in anderen Ländern und bei den vielen Kommunalwahlen gab es Enttäuschungen.

Wir blicken aber als stärkste politische Kraft in Deutschland nach vorne. Auf uns als Union kommt es an. Wir halten das Land am Laufen. Wir führen das Land in eine gute Zukunft. Wir halten die Gesellschaft zusammen. In den 70 Jahren unserer Republik haben wir 50 Jahre lang die Bundesregierungen geführt und unserem Land einen guten Dienst erwiesen. Daraus schöpfen wir Kraft und Zuversicht, dies auch in Zukunft zu tun.

Gesetzespaket zur Migration kommt

In dieser Woche haben wir ein umfangreiche Paket zahlreicher Migrationsgesetze verabschiedet. Eckpfeiler dieses Pakets bilden das Fachkräftezuwanderungsgesetz und das Geordnete-Rückkehr-Gesetz. Beides gehört für uns zusammen: Wir ermöglichen die legale Zuwanderung von Personen, die wir auf dem Arbeitsmarkt benötigen. Zugleich setzen wir die Ausreisepflicht derer durch, die unser Land verlassen müssen, da sie nicht schutzbedürftig sind. Beide Gesetze sind Teil einer steuernden Migrationspolitik, die darauf abzielt, den Zuzug qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern und illegale Migration zu begrenzen.



Deutschland braucht für den Erhalt seiner wirtschaftlichen Stärke die qualifizierte Zuwanderung. Die Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten ist allerdings nur eine von drei Säulen einer umfassenden Fachkräftestrategie. Diese muss daneben auch die Fachkräftegewinnung in der EU und die Aktivierung der inländischen Potentiale umfassen.

Beim Geordnete-Rückkehr-Gesetz wurden im parlamentarischen Verfahren deutliche Verbesserungen erreicht. So ist es uns gelungen, den Ausreisegewahrsam zu einem scharfen Instrument auszugestalten, mit dem das Untertauchen zur Verhinderung der Abschiebung erschwert wird. Bundeseinheitliche Betretungsrechte erleichtern die Durchführung der Abschiebung.

Henning Otte: Einsatz zählt und zahlt sich aus

Im Bundestag wurde in dieser Woche das Gesetz zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr („Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz“) abschließend beraten.

Für neue Soldaten, die sich als freiwillig Wehrdienstleistende verpflichten, steigt mit dem Gesetz der Wehrsold. Einem Freiwilligen, der seinem Land dienen möchte, gebührt wie allen anderen Bundeswehrangehörigen Respekt und Anerkennung. Aus diesem Grund ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Wertschätzung sichtbar und spürbar zu machen.

Denn nur wenn es uns gelingt, motivierte junge Menschen anzusprechen und dauerhaft für den Arbeitgeber Bundeswehr zu gewinnen, können wir die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nachhaltig erhöhen. Nur eine starke Bundeswehr ist ein wirklicher Beitrag für Frieden und Freiheit in Europa.

Außerdem möchten wir hervorheben, dass wir gemeinsam mit der SPD den ohnehin schon sehr guten Gesetzesentwurf im parlamentarischen Verfahren noch verbessert haben. So sind bürokratische Hürden bei der Einsatzversorgung weggefallen. Fürsorge üben wir aus, indem wir an gesetzlich festgelegten Arbeitszeiten festhalten. Mehrarbeit kann nach wie vor durch Zeitausgleich kompensiert werden. Um den Datenschutz zu optimieren, sollen persönliche Informationen gar nicht oder nur unter strengen Auflagen erhoben werden. Reservisten werden für ihre Bereitschaft zu dienen noch attraktiver besoldet. Einsatzgleiche Verwendungen werden Einsätzen auch in den Versorgungsansprüchen gleichgestellt.

Mit dem Gesetz ebenen wir den Weg hin zu einer personell robusteren Bundeswehr, um die sicherheitspolitischen Herausforderungen konsequent anzugehen. Diese Richtung gilt es mit Nachdruck zu verfolgen - für ein sicheres und freies Deutschland in Europa.

Albert Stegemann: 3 Fragen, 3 Antworten

Trinken Sie frische Milch?

Ja, Milch gehört zu meinem Alltag. Sie ist ja auch für viele Verbraucherinnen und Verbraucher fester Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung. Nicht zuletzt, weil sie eine hochwertige Calciumquelle ist. Die Deutschen konsumieren Pro Kopf 90 Kilogramm Frischmilcherzeugnisse im Jahr. Mein liebstes Milchprodukt ist übrigens Buttermilch.

Schaden die vielen Kühe dem Klima?

Uns muss klar sein: Lebensmittel können nicht ohne Emissionen erzeugt werden. Aber die Emissionen lassen sich z.B. durch eine verbesserte Fütterung reduzieren. Kühe leisten aber auch einen Beitrag zur Biodiversität und viel für unsere Kulturlandschaft auf den Weideflächen. Grünland könnte der Mensch beispielsweise selbst nicht für seine Ernährung nutzen; die Kühe machen aus Gras aber hochwertige Milch. Aber in der Tat, wer klimafreundlich essen und trinken möchte, sollte insbesondere auf regionale und saisonale Produkte achten. Kunden können etwa auf Milchprodukte mit dem „Regionalfenster“ achten. Das ist ein Label, das Transparenz über die Herkunft von Lebensmitteln schafft. Darüber hinaus können wir alle viel für das Klima leisten, indem wir bedachtsamer einkaufen und dadurch weniger Lebensmittel wegwerfen. Fast 13 Millionen Tonnen Lebensmittel landen in Deutschland jedes Jahr im Abfall. Ein Joghurt oder eine Butter kann ich durchaus auch noch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums essen. Einfach mal dran riechen oder probieren.

Bedeutet günstige Milch, dass die Kühe schlechter gehalten werden?

Nein, denn gesunde Kühe sind das Erfolgsrezept jedes landwirtschaftlichen Betriebs. Moderne Technik kann gleichzeitig das Wohl der Tiere verbessern. Ich denke da zum Beispiel an moderne Boxenlaufställe, Melkroboter, die die Kuh genau nach Bedarf melken, oder digitale Sensorik zur Überwachung der Gesundheit jeder einzelnen Kuh. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen, dass Milchbauern mit berechenbaren Preisen arbeiten können, auch damit sie Investitionen in moderne Technik tätigen können, die dem Tierwohl zu Gute kommen. Die Milchbauern müssen von ihrer harten täglichen Arbeit leben können. Wichtig sind in diesem Kontext starke Erzeugerorganisationen, die zusammen und geeint über Preise und Mengen verhandeln.

Niedersächsische Verbraucher und Landwirte stets im Blick

v.l.n.r.: Silvia Breher, Gitta Connemann, Albert Stegemann, Barbara Otte-Kinast und Carsten Müller

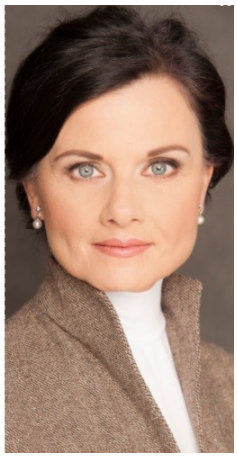
Wie vielseitig die Herausforderungen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind, haben die niedersächsischen Mitglieder der zuständigen Arbeitsgruppen auf Einladung des AG- Sprechers Albert Stegemann mit der Niedersächsischen Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Barbara Otte-Kinast diskutiert.

Der offene Gedankenaustausch zwischen den niedersächsischen Politikern liegt den beiden am Herzen: „Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1. Alle aktuellen Themen sind für Niedersachsen von besonderer Bedeutung.“ Niedersachsen ist mit einem Produktionswert von 11,9 Milliarden Euro Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Mit rund 390.000 Erwerbstätigen ist jeder zehnte Arbeitsplatz in Niedersachsen in der Ernährungs- und Landwirtschaft angesiedelt. Zugleich ist Niedersachsen mit seinen rund acht Millionen Konsumenten von zentraler Bedeutung was den Verbraucherschutz anbelangt.

Beispielhaft hat die Gruppe die Auswirkungen der verschiedenen denkbaren Änderungen der Düngeverordnung und eines modernen Nährstoffmanagements erörtert, um die gemeinsame Positionierung im niedersächsischen Interesse zu verbessern. Einigkeit herrscht auch bei dem Ziel, die Qualität der Ernährung zu erhöhen und den verantwortungsbewussten Umgang mit Lebensmitteln zu stärken. So müsse eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung beispielsweise durch innovative Technologien erreicht werden. Auch im Verbraucherschutz sind sich die Politiker einig, dass Fake Shops im Internet entschieden entgegengetreten werden muss.

Otte-Kinast und Stegemann zeigen sich nach dem knapp zweistündigen Gespräch am Rande des Plenums rundum zufrieden: „Bei allen Herausforderungen im Bereich der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik ist es gut, sich der gegenseitigen Unterstützung und des stetigen Austauschs zu versichern.“ Beide sind sich einig, dass der Austausch auch in Zukunft intensiv fortgesetzt werden soll.

Unrecht hat kein Verfallsdatum



Elisabeth Motschmann u. Gitta Connemann

Mit einem Antrag zu „30 Jahre friedliche Revolution“ erinnern CDU/CSU sowie SPD an den Mut und die Leistung der Ostdeutschen im Herbst 1989. Die Unionsfraktion fordert außerdem ein Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

„Vor 30 Jahren brachten mutige Menschen die Mauer zum Einsturz“, sagt Gitta Connemann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Ihre Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie war stärker als die Angst. Die Bürger in der DDR trieb der Mut der Verzweifelten auf die Straße. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen diesen Mut würdigen.“

"Die Opfer der DDR-Diktatur dürfen wir niemals vergessen“, so Elisabeth Motschmann, Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Fraktion . Das sei allen gesagt, die die DDR verklärten. „Auf die Demonstranten im Herbst 1989 können wir stolz sein", erklärt Motschmann in ihrer Rede im Plenum. „Die Schicksale wirken bis heute nach.“ Daher sei es wichtig, dass die soziale Lage anerkannter politisch Verfolgter verbessert würde. Wichtig sei dabei auch die Umkehrung der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden durch Zwangsmaßnahmen in der DDR, wie es bei NS-Opfern seit Langem Praxis ist.

Die Woche im Parlament

Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung. In

Reaktion auf jüngste Vorkommnisse mit gefälschten Arzneimitteln haben wir den gesetzlichen Rahmen in 2./3. Lesung geändert, damit sich Ähnliches nicht wiederholen kann. Die Neuregelung verbessert Kompetenz und Handlungsfähigkeit der zuständigen Behörden, etwa des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte. Darüber hinaus werden die Rechte der Krankenkassen, aber auch der Versicherten gestärkt: Beispielsweise wird ein Ersatzanspruch den Kassen gegenüber pharmazeutischen Unternehmen eingeräumt, wenn Arzneimittel mangelhaft sind oder nicht geliefert werden konnten. Die gesetzlichen Neuregelungen umfassen auch die Einführung des E-Rezeptes – die Selbstverwaltung wird verpflichtet, die notwendigen Regelungen für dessen Verwendung zu schaffen.

Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes. Mit dem Gesetz, das wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, soll die im August 2016 geschaffene Wohnsitzregelung für anerkannt schutzberechtigte Ausländer entfristet werden. Die Länder werden u.a. in die Lage versetzt, auf ihrem Gebiet positive wie negative Wohnsitzzuweisungen vorzusehen, was zur besseren Planbarkeit von Integrationsangeboten und zur Vermeidung von Segregation beitragen soll.

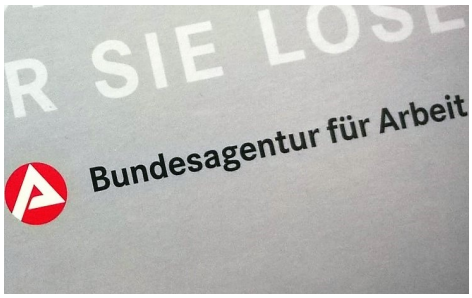
Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung. Wir

beschlossen in 2./3. Lesung eine Erweiterung der bestehenden Regelung der Ausbildungsduldung (sog. 3+2-Regelung) auf staatlich anerkannte oder vergleichbar geregelte Assistenz- und Helferberufe, sofern darauf eine qualifizierte Ausbildung in einem Mangelberuf folgt. Neben weiteren Regelungen wird eine längerfristige sog. Beschäftigungsduldung für Geduldete eingeführt, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind. Sie müssen seit mindestens 12 Monaten eine Duldung besitzen und seit mindestens 18 Monaten eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben. Um Pull-Effekte zu verhindern wurde die Beschäftigungsduldung auf reine Altfälle beschränkt (Einreise vor dem 1. August 2018). Die Möglichkeit des Erhalts einer Beschäftigungsduldung ist bis zum 31. Dezember 2023 befristet.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Um die verfassungsrechtlich gebotene Neufestsetzung der Grundleistungen für Asylbewerber, Geduldete und ausreisepflichtige Ausländer umzusetzen, beschlossen wir in 2./3. Lesung Änderungen am Asylbewerberleistungsgesetz. Die Regelsätze werden angepasst. Abweichend vom SGB II und SGB XII wird eine neue, um etwa 10% abgesenkte Bedarfsstufe für Leistungsberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften geregelt. Zudem wird – wie im SGB II – eine neue, um etwa 20% abgesenkte Bedarfsstufe für erwachsene Leistungsberechtigte unter 25 Jahren festgelegt, die im Haushalt der Eltern leben. Das Gesetz soll zudem fehlende Fördermöglichkeiten für studier- und ausbildungswillige Asylbewerber und Geduldete beseitigen. Asylbewerber und Geduldete in einer dem Grunde nach förderungsfähigen Ausbildung (z. B. betriebliche Berufsausbildung) können zukünftig auch nach dem 15. Monat des Aufenthalts Leistungen beanspruchen. Nicht zuletzt wird eine Freibetragsregelung für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgenommen, um stärkere Anreize für eine ehrenamtliche Beschäftigung von Flüchtlingen zu setzen.

Daten und Fakten

Erneut über 45 Millionen Erwerbstätige im April 2019



Im April 2019 waren nach vorläufigen Berechnungen etwas über 45 Mio. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber April 2018 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,1 % zu (+488 000 Personen). Das entspricht der Vorjahresveränderungsrate der ersten drei Monate des Jahres 2019. Die Erwerbslosenzahl war sowohl gegenüber dem Vorjahresmonat als auch gegenüber dem Vormonat rückläufig. Im April 2019 waren 1,38 Millionen Personen erwerbslos, 135 000 weniger als ein Jahr zuvor.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.